

# Geopolitisches Spannungsfeld des 21. Jahrhunderts – Chinapolitik der Bundesrepublik neu ausrichten.

## Beschluss

der Jahreshauptversammlung am 29.10.2022 in Husum:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- Besserer Schutz deutscher und europäischer Unternehmen vor chinesischer Einflussnahme.
  - Ein grundsätzliches Verbot von Firmenverkäufen deutscher Firmen an chinesische Investoren sowie anderer Gesellschaftskonstellationen, die unter Einfluss des chinesischen Staates stehen. Daneben auch eine Beteiligungsgrenze bei Firmenanteilen deutscher Unternehmen unterhalb von Sperrminoritäten.
  - Eine Obergrenze unterhalb der Anteilmehrheit für chinesische Beteiligung an weiteren Unternehmen in der europäischen Union.
- Eine Sperre für Investitionen chinesischer Unternehmen in kritische Infrastruktur wie Häfen oder bei Lizenzvergabe im Mobilfunk.
  - Die Bundesregierung muss die Investition von Cosco in die HHLA sowie den Kauf von Elmos durch Silex unterbinden.
- Eine Reduktion bestehender Abhängigkeiten von Rohstoffen und Lieferketten.
- Keine neuen Investitionsabkommen mit der Volksrepublik China.
- Ein Ende der Zahlung von Entwicklungshilfe an die Volksrepublik China.
- Eine neue, europäische Offensivstrategie im Umgang mit Entwicklungshilfe, die bei Entwicklungsländern und Schwellenländern in Systemkonkurrenz zu Investitionen und Hilfen durch die Volksrepublik China stehen
- Neue Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada, Australien und Teilen Lateinamerikas und Afrikas.
- Stärkung des deutsch-taiwanesischen Bündnisses.

### Begründung:

Die Volksrepublik China wird für die westlichen Demokratien der große Gegenspieler im 21. Jahrhundert sein. Bereits jetzt ist klar, dass eine Systemkonkurrenz zwischen wertebasierten, freiheitlichen Demokratien und der Autokratie im kommunistischen Einparteiensystem Chinas steht.

Die verstörenden Bilder vom 20. Parteitag der kommunistischen Partei (KP), in denen der ehemalige Präsident Hu Jintao in einem Zwischenfall aus dem Saal abgeführt wurde und die Wahl von Xi Jinping für eine dritte Amtszeit als Generalsekretär der KP erinnern an

Vorgänge in anderen totalitären Systemen. Die Rückkehr zu einem totalitären und Ein-Person-zentrierten Machtapparat lassen erkennen, dass Jinping einen Machtanspruch vergleichbar mit dem von Mao Zedong hat. Dieser richtet sich im Rahmen der „Ein-China“-Politik auch direkt gegen Taiwan. Die Drohungen zur militärischen Eroberung Taiwans hat Jinping auf dem gleichen Parteitag erst wiederholt.

Die besondere Lage und wirtschaftliche Bedeutung Taiwans sowie die dort stationierten Truppen der USA bergen in der Gesamtlage also ein riesiges Eskalationspotenzial, das weit über das gelbe Meer hinausgeht.

Daneben steht aber auch eine geopolitische Lage, in der die chinesische Einflusszone aggressiv ausgedehnt wird. Durch enorme Investitionen, nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch europäischen Staaten, kommen Konzerne, auf die der chinesische Staat teils direkten Einfluss hat, an Unternehmen und teils auch kritische Infrastruktur. Diesen Einfluss nutzt der chinesische Staat offensiv für seine politischen Ziele aus.<sup>1</sup>

Dieser Lage muss sich die China-Politik Deutschlands und Europas anpassen. Wir befinden uns in einer Situation, in der China, der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik Deutschlands ist.<sup>2</sup> Beinahe alle großen Unternehmen des Landes sind auf ihr China-Geschäft dringend angewiesen. Dies darf jedoch die deutsche Politik nicht lähmen und zur Aufgabe im Systemwettbewerb führen. Die Abhängigkeiten der deutschen Wirtschaft werden sonst als politische Waffe ausgenutzt.

In entscheidenden Feldern müssen Deutschland und Europa ihre eigenen Strukturen vor noch größerer Einflussnahme schützen und wirtschaftlichen Druck aufbauen. Zudem hat der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gezeigt, zu welchen Ergebnissen eine zu große Abhängigkeit von Autokratien führen kann. Die Sanktionspolitik der USA zeigen, dass wirtschaftlicher Druck auf China Wirkung haben kann. Die Bundesregierung muss eine Politik verfolgen, die heimische Infrastruktur und Wirtschaft schützt und Druck auf China erhöht, insbesondere Menschenrechte mehr zu achten.

---

<sup>1</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/China-knuepft-Kredite-an-kuriose-Klauseln-article22463370.html> ; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/hamburger-hafen-deal-mit-chinesischer-reederei-sorgt-fuer-streit-warum-habeck-mit-einem-verbot-droht/28742078.html> ; <https://www.deutschlandfunk.de/die-neue-seidenstrasse-chinas-engagement-in-europa-und-die-100.html> .

<sup>2</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>